

Jürgen Peters

**Aufbruch in Zeiten
des Umbruchs**

**Reden und Schriften
für eine starke IG Metall**

VSA

**Herausgegeben von Georgios Arwanitidis,
Klaus Matecki und Hans-Jürgen Urban**

Jürgen Peters
Aufbruch in Zeiten des Umbruchs

Jürgen Peters: Das Engagement in der IG Metall begann mit der Ausbildung zum Maschinenschlosser 1961: Jugendvertreter, später Vorsitzender des Ortsjugendausschusses. In dieser Zeit: Besuch der Berufsaufbauschule mit Abschluss der Fachschulreife. Nach dem Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt a.M. (1968) Tätigkeit an der Bildungsstätte der IG Metall in Lohr und der Jugendbildungsstätte in Usseln, zunächst als Assistent, später als Lehrer. Von 1976-1987 politischer Sekretär im Zweigbüro des IG Metall-Vorstands in Düsseldorf. Im Januar 1988 wurde Jürgen Peters zum Leiter des IG Metall-Bezirks Hannover ernannt. Auf dem Gewerkschaftstag im November 1998 in Mannheim wurde er zum 2. Vorsitzenden, auf dem Gewerkschaftstag im Frankfurt a.M. am 31. August 2003 zum 1. Vorsitzenden der IG Metall gewählt.

Die Herausgeber:

Georgios Arwanitidis, Leiter der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt a.M.

Claus Matecki, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin.

Hans-Jürgen Urban, Leiter des Funktionsbereichs Gesellschaftspolitik/ Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt a.M.

Jürgen Peters

Aufbruch in Zeiten des Umbruchs

Reden und Schriften

für eine starke IG Metall

Herausgegeben von Georgios Arwanitidis,
Claus Matecki und Hans-Jürgen Urban

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Bildnachweis: Die in diesem Band verwendeten Abbildungen stammen, wenn nicht anders angegeben, von der IG Metall.

S. 41: Werner Bachmeier; S. 187: dpa; S. 211: Werbeagentur Zimmermann GmbH/Frankfurt am Main

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: Paul Englert
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Interpress, Budapest
ISBN 978-3-89965-272-7

Inhalt

Vorwort von Michael Sommer	9
Vorwort der Herausgeber	11
Reformkraft für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft	
Die IG Metall am Beginn des 21. Jahrhunderts	17
Reformkraft für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft	
Neuvermessung der gewerkschaftlichen Betriebs-, Tarif- und Arbeitspolitik	
Zerstören, stabilisieren oder reformieren?	43
Perspektiven von Tarifautonomie und Flächentarifvertrag im 21. Jahrhundert	
Die Vier-Tage-Woche: ein Modell für Deutschland?	57
Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung bei Volkswagen	
Über den falschen Umgang der Gesellschaft mit der Zeit	63
Arbeitszeitpolitische Alternativen der IG Metall	
Verhandeln auf gleicher Augenhöhe	73
Gegen die Spaltung von betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung	
Der Arbeitskampf bei AEG in Nürnberg	79
Die unbewältigte Herausforderung der deutschen Einheit	82
Der Beitrag der Tarifpolitik für gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen	
Neue Perspektiven durch Gute Arbeit	91
Wege einer zukunftsorientierten Arbeitspolitik	

Gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft – Perspektiven des Sozialstaats

Mut zur Gerechtigkeit	101
Leitlinien für eine neue Sozialstaatspolitik	
Preisgabe des Sozialstaats	114
Der Irrweg kapitalgedeckter Alterssicherung	
Alternativen für einen Politikwechsel	119
Gewerkschaften und soziale Bewegungen	
Ein gewerkschaftliches Zukunftsprojekt	128
Das Arbeitnehmerbegehren der IG Metall	
Lernende Organisation	137
Gewerkschaftliche Schlüsselziele in der politischen Bildungsarbeit	
Was heißt heute konservativ?	146
Zehn Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien	147
 Auf dem Weg zu einem Neuen Europäischen Sozialmodell	
Die solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells	155
Eckpunkte für ein neues Leitprojekt	
Die Chancen der Währungsunion nutzen	165
Koordinierte Politik für Beschäftigung und moderne Infrastruktur	
Solidarische Erneuerung des Europäischen Sozialmodells als sozialdemokratisches Kernprojekt	169
Anmerkungen zur SPD-Programm-Debatte	
Der Weg der IG Metall in Europa	176
Thesen für ein Europapolitisches Memorandum	
Vorstand der IG Metall	
»Für ein solidarisch erneuertes Europa«	183

Für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz

Der Irrweg neoliberaler Globalisierung 189
Die WTO im Fadenkreuz der Mobilisierung für »eine Welt«

Für eine neue internationale Finanzarchitektur 196
Wirtschafts- und entwicklungspolitische Aufgaben
nach dem 11. September 2001

Die Welt sitzt auf dem Pulverfass 199
IMB: Initiative für einen neuen gewerkschaftlichen Internationalismus

Politik gegen die Finanzmärkte 207

Tradition und Aktualität der Arbeiterbewegung

Der Streik in Schleswig-Holstein 1956/57 213
Markstein in der Tarifgeschichte, Wurzel sozialpolitischer
Errungenschaften und politischer Auftrag

Lohnfortzahlung – 40 Jahre später erfolgreich verteidigt 222

**60 Jahre Befreiung vom Faschismus:
Konsequenzen für die Demokratie** 224

Annäherungen an Wolfgang Abendroth 228

Otto Brenner: Demokrat und Sozialist 237

Quellennachweise 241

Vorwort

Die Zeit, in der Jürgen Peters Verantwortung als Erster bzw. Zweiter Vorsitzender der IG Metall trug, war eine sehr schwere Zeit für die Gewerkschaften. Neoliberales Gedankengut nistete sich nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik und in den Köpfen der Menschen ein. Der Glaube daran, dass betriebswirtschaftliche Erfordernisse auch zur Leitlinie der gesellschaftlichen Entwicklung werden sollen, griff immer mehr um sich.

Gewerkschaften wurden zu Dinosauriern der gesellschaftlichen Entwicklung erklärt. Da sie sich aber so gar nicht der Metapher fügen wollten und keine Anstalten machten, auszusterben, wurden sie nicht nur kritisiert, sondern diskreditiert und politisch bekämpft. Im neoliberalen Entwurf ist eben kein Platz für starke, durchsetzungsfähige Gewerkschaften und folglich auch nicht in einer Gesellschaft, die sich der Logik des Neoliberalismus unterwerfen soll.

Die Gewerkschaften waren in dieser Zeit Angriffsfläche und Hoffnungsträger zugleich. Angriffsfläche für ihre Gegner und Hoffnungsträger für alle diejenigen, die in den Gewerkschaften die einzige Kraft sahen, die sich dem emanzipatorischen Rückschritt in der Entwicklung der Gesellschaft widersetzen konnte. Widerstandsbereitschaft und Gestaltungswille sind in dieser Situation unverzichtbare Leitlinien gewerkschaftlicher Politik.

Für ein Engagement in diesem Sinne steht Jürgen Peters wie kaum ein anderer. Er hat stets versucht, in dieser schwierigen Zeit nicht nur der IG Metall, sondern der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung Stabilität für die Gegenwart und Orientierung für die Zukunft zu geben. Das galt für tarifpolitische wie für gesellschaftspolitische Fragen. Sein Kompass waren stets die Interessen der arbeitenden Menschen. Danach richtete er Aktivitäten und Ziele seines Handelns aus. Dieser Kompass gab ihm das Rüstzeug für die Bewertung politischer Sachverhalte. Es war diese Fähigkeit, engagiert und interessenbezogen auf tagesaktuelle Anforderungen und zukünftige Herausforderungen zu reagieren, die es ihm ermöglichte, seine IG Metall erfolgreich durch die Wirren der jüngeren Vergangenheit zu führen.

Jürgen Peters machte sich damit nicht nur Freunde – weder in den Medien noch in der Politik. Doch sein »Fähnchen in den Wind hängen« ist Jür-

gens Sache ohnehin nie gewesen und die Entwicklung hat ihm in vielen Fragen recht gegeben. Er hat mit seinem Engagement nicht nur seiner IG Metall, sondern auch dem Deutschen Gewerkschaftsbund Wege aufgezeigt, die sich oftmals als Auswege aus schier ausweglosen Situationen erwiesen. Jürgen hat sich dadurch Respekt und Anerkennung erworben, in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und weit darüber hinaus.

Als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes habe ich die Unterstützung, die Jürgen dem Dachverband der deutschen Gewerkschaftsbewegung stets zuteil werden ließ, besonders geschätzt. Gerade in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchphase, in der wir uns seit Jahren befinden, ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Organisationen gemeinsames Argumentieren und Handeln der Mitgliedsgewerkschaften von größter Bedeutung für eine erfolgreiche Politik. Das ist nicht immer einfach, aber unverzichtbar. Der DGB hatte auch in dieser Hinsicht mit dem IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters stets eine verlässliche Stütze. Aber auch für mich persönlich war Jürgen stets ein verlässlicher Freund und Partner. Seine Nehmerqualitäten sind bewundernswert – seine Gradlinigkeit und Standfestigkeit nicht weniger. Nicht nur in dieser Hinsicht war, ist und bleibt er mir ein Vorbild, dem ich viel zu verdanken habe.

Die schwierigen Zeiten für Gewerkschaften sind nicht vorbei, die Herausforderungen, vor denen sie stehen, sind groß. Die hier gesammelten Reden und Schriften bieten keine Patentrezepte zur Bewältigung all dieser Anforderungen. Aber sie geben Anregungen und Orientierungen für einen schwierigen Weg. Und sie lassen deutlich werden, dass das gewerkschaftliche Engagement für eine demokratischere und solidarischere Gesellschaft nichts an Aktualität eingebüsst hat.

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes

Vorwort der Herausgeber

Der Vorsitzende einer Gewerkschaft muss viele Reden halten, oft mehrere an einem Tag. Reden mit unterschiedlichem Charakter, vor unterschiedlichem Publikum. Hier eine tarifpolitische Konferenz, dort eine Betriebsversammlung, hier die Tagung einer Wirtschaftsvereinigung, dort die Streikversammlung, hier eine internationale Friedenskonferenz, dort die Kundgebung zum Tag der Arbeit. Reden, die unterschiedliche Themen aufgreifen, angemessene rhetorische Mittel erfordern und differenzierte Formen der Ansprache notwendig machen.

Aus der Vielzahl der gehaltenen Reden und verfassten Schriften die richtigen herauszusuchen, ist keine leichte Aufgabe. Das war auch bei der hier vorliegenden Sammlung von Beiträgen von Jürgen Peters nicht anders. Welchen Peters sollten wir nehmen? Den polternden, aufbrausenden und kämpferischen oder eher den nachdenklichen, analytischen und leisen? Sollte man eher tarifpolitische oder gesellschaftspolitische Fragen in den Vordergrund stellen? Klar war: Der Band sollte Reden und Schriften versammeln, die über den Anlass, für den sie verfasst und gehalten wurden, hinausweisen. So ist ein Band zustande gekommen, der keine Eintagsfliegen des gewerkschaftlichen Tagesgeschäfts versammelt.

Gleichsam unter der Hand entstand ein Panorama wichtiger sozialer und politischer Auseinandersetzungen, denen sich die IG Metall und Jürgen Peters als Erster und Zweiter Vorsitzender in Frankfurt a.M. sowie als Bezirksleiter in Hannover zu stellen hatte. Die Beiträge eröffnen der Leserin und dem Leser zugleich einen Einblick in die Grundsätze eines gewerkschaftlichen und politischen Handelns, das an den Leitlinien von Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtet ist.

Die einzelnen Reden und Schriften sind inhaltlichen Abschnitten zugeordnet, die zentrale Politikfelder markieren, auf denen die IG Metall in den letzten Jahren grundlegende Anforderungen zu erfüllen und mitunter harte Konflikte zu bewältigen hatte. Die Sammlung beginnt mit dem Grundsatzreferat, das Jürgen Peters als Erster Vorsitzender der IG Metall vor den Delegierten des 20. ordentlichen Gewerkschaftstags 2003 hielt.

Die im Abschnitt »Neuvermessung der gewerkschaftlichen Betriebs-, Tarif- und Arbeitspolitik« wiedergegebenen Reden bilden ein breites Spektrum ab. Sie reichen von konkreten Anlässen wie dem Arbeitskampf bei der AEG in Nürnberg und der Einführung der 4-Tage-Woche bei Volkswagen über aktuelle Fragen der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik bis hin zu Referaten, in denen Grundsatzfragen und Perspektiven der gewerkschaftlichen Betriebs-, Tarif- und Arbeitspolitik thematisiert werden. Dem schließt sich der Abschnitt »Gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft – Perspektiven des Sozialstaates« an, der vor allem gesellschaftspolitische und programmatische Aussagen zu den Perspektiven des Sozialstaates enthält. Auch hier ist die inhaltliche Spannweite groß. Sie reicht von der Intervention auf dem gemeinsam von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen organisierten »Perspektiven-Kongress« im Mai 2004 bis hin zur Vorstellung des »Arbeitnehmerbegehrens der IG Metall« anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl im Jahr 2006.

Die folgenden zwei Abschnitte umfassen vor allem Reden zur internationalen Interessen- und Gewerkschaftspolitik. Die unter der Überschrift »Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Sozialmodell« veröffentlichten Beiträge zeichnen insbesondere die Konturen des europapolitischen Projekts der IG Metall, das Jürgen Peters unter dem Motto »Für eine solidarische Erneuerung des europäischen Sozialmodells« vorangetrieben hat. Ergänzt werden sie durch Einschätzungen zu den Chancen und Risiken der Europäischen Währungsunion sowie durch Anmerkungen zur SPD-Programm-Debatte. Die dokumentierten »Thesen für ein europapolitisches Memorandum der IG Metall« sowie das entsprechende Referat auf der Tagung der Otto-Brenner-Stiftung in Budapest im Frühjahr 2007 lassen inhaltliche Stoßrichtung und politisches Engagement des Projekts deutlich werden. Die unter der Überschrift »Für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz« ausgewählten Reden befassen sich mit Fragen der sozialen Regulierung und Zählung der wirtschaftlichen Globalisierung. Zugleich gestatten sie einen kleinen Einblick in die Diskussionen innerhalb des Internationalen Metallarbeiterverbandes (IMB), die Jürgen Peters als IMB-Präsident mitinitiiert und geführt hat.

Abgeschlossen wird der Band durch Beiträge, die Fragen der Tradition und der Aktualität der Arbeiterbewegung nachspüren. Einem Rückblick auf den großen Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein 1956 um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und der Mahnung »Gegen das Vergessen« an-

lässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus folgen Anmerkungen zu zwei bedeutenden Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung, Wolfgang Abendroth und Otto Brenner.

Die hier veröffentlichten Beiträge stellen lediglich einen kleinen, aber – wie wir hoffen – repräsentativen Ausschnitt aus dem Gesamtfundus der gewerkschaftspolitischen Reden und Schriften von Jürgen Peters dar. Sie sind Produkte ihrer Zeit, enthalten aber zugleich Einschätzungen, Erfahrungen und Anregungen, die über diese Zeit hinausreichen. Die Reden wurden redaktionell überarbeitet. Gekürzt wurden insbesondere Passagen, die zu eng an die jeweiligen aktuellen Anlässe gebunden waren und für den heutigen Leser mitunter schwer zugänglich gewesen wären. Zudem wurde versucht, Wiederholungen oder etwaige inhaltliche Überschneidungen zu vermeiden.

Danken möchten wir dem VSA-Verlag, namentlich Richard Detje, für seine zuverlässige und professionelle Unterstützung bei der Erstellung des Bandes.

Georgios Arwanitidis

Claus Matecki

Hans-Jürgen Urban

Frankfurt/M., im Oktober 2007

Reformkraft für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft



Die IG Metall am Beginn des 21. Jahrhunderts

Reformkraft für eine gerechte, demokratische
und nachhaltige Arbeitsgesellschaft

Von dem griechischen Philosophen Heraklit ist die Aussage überliefert: »Man kann nicht zweimal in denselben Fluss hinabsteigen.« Wie das fließende Wasser befände sich alles in einem beständigen Prozess der Veränderung. Gut 2500 Jahre später spüren wir, wie rasant sich die Dinge ändern. Und wie schwierig es sein kann, mit diesen Veränderungen Schritt zu halten.

Die IG Metall hat schwere Monate hinter sich. Wir waren vom Kurs abgekommen. Wir haben gesagt: Ende der Zerstrittenheit, aber nicht Ende der Diskussion; und schon gar nicht über den besseren Weg. Unterschiedliche Meinungen über die richtige Politik der IG Metall wird es auch in Zukunft geben. Es wäre eine Illusion, was anderes zu glauben. Und ich füge hinzu: Es wäre auch eine langweilige, eine müde IG Metall.

Dass es heute oftmals schwieriger ist, Kolleginnen und Kollegen unter einen Hut zu bringen, hat tiefere Ursachen. Die Gesellschaft und mit ihr die Arbeitnehmerschaft ist vielfältiger geworden. Die IG Metall ist eine politische, aber sie ist auch eine soziale Einheitsgewerkschaft. In ihr organisieren sich alle Arbeitnehmergruppen: Auszubildende, Arbeiter, Angestellte, Beschäftigte aus Klein-, Mittel und Großbetrieben, aus den unterschiedlichen Branchen der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, aus dem Holz- und Kunststoffbereich, aus dem Textil- und Bekleidungsbereich usw. usf. Alle bringen ihre unterschiedlichen Berufserfahrungen und Arbeitsmarktchancen mit. Und sie bringen unterschiedliche Lebensentwürfe in ihre IG Metall ein.

Das ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Wo Vielfalt zur Normalität geworden ist, muss politische Einheit immer neu erarbeitet werden. Sie ergibt sich nicht im Selbstlauf. Sie kann nur hervorgehen aus einem kontroversen und engagierten Meinungs austausch und aus dem festen Willen, gemeinsam Vereinbartes dann auch gemeinsam durchzusetzen. Man mag das als neue Debatte kultur bezeichnen, oder einfach als kollegialen Umgang miteinander. Vielleicht könnte uns dabei auch ein wenig mehr Gelassenheit nicht schaden. Und ein bisschen Humor. Aber wie sagte der Kabarettist Werner Fink so

schön: »Die schwierigste Turnübung ist immer noch, sich selbst auf den Arm zu nehmen.«

Im Zeitalter der Globalisierung

Jeder Aufbruch ist zunächst Mühsal. Ein Aufbruch in das neue Jahrhundert allemal. Die Welt um uns befindet sich in einer krisenhaften Umbruchphase. Alle gesellschaftlichen Akteure stehen vor der Anforderung, sich politisch und programmatisch auf die Höhe der Zeit heraufzuarbeiten. Wir leben in einer neuen Phase der historischen Entwicklung, in einem globalen Kapitalismus neuen Typs.

Dieser neue Kapitalismus ist mächtiger und produktiver denn je. Er vollbringt wahre Wunder in der immer effizienteren Produktion des materiellen Reichtums. Aber er versagt bei der gerechten Verteilung. Theoretisch wäre ein Wohlstand für alle möglich. Tatsächlich bringt das System Armut für immer mehr Menschen.

Diese Wirtschaftsgesellschaft hat das technologische und ökologische Wissen, um Wachstum und Natur in Einklang zu halten. Aber sie beutet Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen aus, um den Reichtum Weniger zu mehren.

Den Menschen in den Entwicklungsländern, aber auch uns in den Metropolen des Nordens begegnet dieser neue Kapitalismus vor allem in Gestalt der Globalisierung. Aber die Globalisierung hat viele Gesichter. Informationen, der Rohstoff der modernen Arbeitswelt, springen in Sekundenschnelle von Kontinenten zu Kontinent. Multinationale Konzerne verfügen über ein Netz von Standorten, das den gesamten Globus umspannt. Längst haben Investitionen und Unternehmensplanungen die nationalstaatlichen Grenzen hinter sich gelassen. Ihre Umsätze übersteigen nicht selten die Haushalte mittlerer Industriestaaten. Geradezu explodiert sind die internationalen Währungs- und Finanzmärkte. Auf der Suche nach schnellen Profiten und oftmals mit katastrophalen Folgen für ganze Volkswirtschaften jagen die Akteure der globalen Finanzmärkte täglich über 2.000 Milliarden US-Dollar um den Globus.

Aber nicht nur die Ökonomie, auch Wertvorstellungen und kulturelle Lebensweisen lassen die nationalstaatlichen Grenzen hinter sich. Die Video-Clips von MTV prägen die Jugendkulturen in aller Welt heute weit stärker als

Traditionen und heimische Kulturen. Und Hamburger von McDonalds mit Coca Cola sind im entlegensten Winkel der Erde zu haben.

Die Globalisierung könnte Grundlage sein für mehr Wohlstand, Lebensqualität und Verständigung. Aber in der gegenwärtigen Form läuft sie auf das Gegenteil hinaus. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, ehemaliger enger Berater von US-Präsident Clinton und Chef-Volkswirt der Weltbank hat dies offen ausgesprochen: »Die Globalisierung in ihrer heutigen Form ist keine Erfolgsgeschichte. Sie hat das Schicksal der meisten Armen in der Welt nicht gelindert. Sie ist ökologisch bedenklich. Sie hat die Weltwirtschaft nicht stabilisiert.« Doch er fügt hinzu: »Nicht die Globalisierung ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie sie umgesetzt wurde.«

Neoliberalismus – falsche Weichenstellungen für die Zukunft

Mit der Globalisierung hat auch eine neue Religion ihren Siegszug um den Globus angetreten: der Neoliberalismus und mit ihm der Glaube an die Allmacht des Marktes. Neoliberalismus heißt: Alle Macht den Märkten – überall. Der Neoliberalismus ist keine zwangsläufige Folge der wirtschaftlichen Verflechtungen. Er ist ein politisches Projekt. Wenn die multinationalen Unternehmen, die Kapitalfonds und die politischen Eliten einfordern, alles aus dem Weg zu räumen, was dem Markt entgegensteht, dann versprechen sie sich davon mehr Profit und mehr Macht. Die globalen Unternehmen klagen über angeblich zu hohe Arbeits- und Sozialkosten; sie fordern Deregulierung und Sozialabbau und drohen mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen und Standorten. Banken und Kapitalfonds entdecken die Unternehmen und die sozialen Sicherungssysteme als neue, attraktive Anlagefelder. Sie kaufen Aktien und Unternehmensteile und drängen weiter auf Umstrukturierungen und Beschäftigungsabbau.

Die Nationalstaaten beugen sich dem neoliberalen Zeitgeist. Sie kürzen soziale Standards und senken die Unternehmenssteuern; sie privatisieren Leistungen und eröffnen den privaten Versicherungskonzern neue Märkte und Anlagefelder. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten erleben wir Standortpflege nach dieser Philosophie.

Das gilt auch für die so genannten Reformen von Rot-Grün: für die Agenda 2010, für die Gesundheitsreform und für die angeblichen Arbeitsmarktre-

formen. Arbeitslosengeld und Gesundheitsleistungen werden gestrichen, Arbeitnehmerrechte eingeschränkt, die Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheker bleiben ungeschoren und die Arbeitgeber profitieren – in Milliardenhöhe. Diese Politik ist wirtschaftspolitisch unsinnig und sozialpolitisch verantwortungslos. Sie schadet der Konjunktur und reißt neue Gerechtigkeitslücken auf, statt alte zu schließen.

Zu dieser Politik haben wir nein gesagt. Das gilt vor allem mit Blick auf die drohenden Eingriffe in die Tarifautonomie. Wer von uns hätte gedacht, dass ausgerechnet unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung dieser Stützpfeiler des Sozialstaates in Gefahr gerät. Das Grundgesetz gibt der Tarifautonomie Verfassungsrang. Und die eigenverantwortliche Aushandlung von Tarifnormen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist eine tragende Säule unserer Sozialverfassung.

Angriff auf die Tarifautonomie – das heißt längere Arbeitszeiten und niedrigere Einkommen. Es geht hier nicht um angebliche »betriebliche Bündnisse für Arbeit«. Es geht um die Erpressbarkeit von Belegschaften und Betriebsräten. Viele Betriebsräte haben klar zu verstehen gegeben, was sie wollen: Verhandlungen mit den Unternehmensleitungen auf gleicher Augenhöhe – auf der Grundlage verlässlicher Tarifverträge.

Sozialabbau und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte sind keine nachhaltigen Zukunftskonzepte. Das spüren die Menschen. Sie reagieren mit Wut und Resignation. Und sie geben der Regierung an der Wahlurne die Quittung. Es sind vor allem die sozialdemokratischen Stammwähler, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zu Hause bleiben. Umfragen belegen: Die Menschen trauen offenbar keiner Partei mehr so richtig die Lösung unserer Probleme zu. Das hat Ursachen: Alle Parteien verschließen sich unter Verweis auf Globalisierung und Standortzwänge zunehmend gegenüber den Arbeitnehmerinteressen. Die Unterschiede zwischen den Parteien verschwimmen mehr und mehr.

Aber die Demokratie lebt von Alternativen. Wenn die Menschen keine echte Wahl mehr haben bei den Wahlen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn Resignation und Wahlabstinenz weiter zunehmen. Was wir hier erleben, ist eine handfeste Krise der parlamentarischen Demokratie.

Es ist der Abschied der SPD von den Arbeitnehmerinteressen, der die gemeinsame Tradition zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie heute in Frage stellt. Wenn die Sozialdemokratie diesen Weg weiter geht, dann wird

sie uns auf absehbare Zeit als politischer Bündnispartner nicht mehr zur Verfügung stehen.

Deshalb: Wir müssen die Stimmungen und Mehrheiten in der Gesellschaft verändern. Mit allen aktiven Gruppen und Bewegungen. Gegen aktive gesellschaftliche Mehrheiten kann in einer Demokratie auf Dauer keine Regierung regieren. Wir müssen über neue Mehrheiten in der Gesellschaft wieder zu einer neuen Politik in den Parlamenten kommen.

Wozu noch Gewerkschaften?

Handlungsfelder und Konzepte für eine neue Arbeitsgesellschaft

»Wozu noch Gewerkschaften?«, diese Frage wird immer öfter und aggressiver gestellt. In kapitalistischen Gesellschaften gibt es keine Bestandsgarantien für Gewerkschaften; und schon gar nicht für starke und eigenständige Organisationen! In den Medien, an den Universitäten und in den Denkfabriken des Neoliberalismus wird längst über die Perspektive einer Gesellschaft ohne Gewerkschaften nachgedacht.

Georg Christoph Lichtenberg hat einmal gesagt: »Ich weiß nicht, ob es besser ist, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.«

Wir wollen, dass sich die Gesellschaft auf einen anderen Entwicklungspfad begibt. Die neoliberale Wettbewerbsgesellschaft ist für uns keine Perspektive, sondern eine Schreckensvision. Unsere Vision ist eine gerechte, eine demokratische und nachhaltige Arbeitsgesellschaft.

- Gerecht heißt für uns: materiellen Reichtum, soziale Sicherheit und soziale Lebenschancen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft fair und solidarisch zu verteilen: zwischen Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden, Männern und Frauen, Alt und Jung und zwischen Menschen, die hier geboren sind und denen, die zu uns gekommen sind.
- Demokratisch heißt für uns: auf der Grundlage verbindlicher Bürger-, Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte den Menschen die eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu geben. In der Politik, in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt.
- Und nachhaltig übersetzen wir mit zukunftsfähig: Zukunftsfähig ist eine Gesellschaft nur, wenn sie nicht mehr an Naturressourcen und Reichtum

verbraucht, als wiederherstellbar ist. Wenn ein Gleichgewicht gewahrt wird zwischen Mensch und Natur, Ökonomie und Ökologie und zwischen den Generationen.

Wir streiten nicht für die Konservierung der gegenwärtigen Verhältnisse. Wir streiten für eine bessere Zukunft. Wir brauchen einen neuen Aufbruch. Wir halten nicht an alten Zöpfen fest, aber wir nehmen auch keinen Abschied von bewährten Prinzipien und von der Vision einer humaneren Gesellschaft. Auch wir müssen uns um eine neue Balance zwischen programmatischer Kontinuität und politischer Neuorientierung bemühen. Aber unser Anspruch ist es, in programmatischen Debatten am Entwurf einer solidarischen Arbeitsgesellschaft zu arbeiten. Und zugleich durch unsere Betriebs-, Tarif-, Sozial- und Gesellschaftspolitik Schritte in diese Richtung zu gehen.

Die Revolution in der Arbeitswelt

Kernfeld gewerkschaftlicher Politik ist und bleibt der Betrieb. Im Betrieb muss sich gewerkschaftliche Arbeit täglich bewähren, und nur aus der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben kann die Kraft für die gesellschaftliche Reformfähigkeit der IG Metall erwachsen.

In der Arbeitswelt erleben wir eine wahre Revolution. Die Unternehmen versuchen mit immer umfassenderen Rationalisierungs- und Modernisierungsstrategien der verschärften Konkurrenz Rechnung zu tragen. Kein Stein bleibt auf dem anderen. Heute müssen sich nicht nur Produkte und Dienstleistungen auf äußeren Märkten bewähren. Die Spielregeln des Marktes dringen auch immer stärker in die Unternehmen selbst ein. Produktionsstandorte müssen auf konzerninternen Märkten um Aufträge konkurrieren. Beschäftigungszahlen und Arbeitszeiten werden immer direkter an die Schwankungen von Produktion und Absatz angepasst. Ziel ist es, die Risiken des Marktes an die Beschäftigten weiterzureichen. Der Arbeitnehmer als »Arbeitskraftunternehmer« ist das Leitbild der neuen Managementstrategien.

Die Menschen in den Betrieben erleben diesen Wandel durchaus widersprüchlich. Die neuen Produktions- und Arbeitsmodelle bieten neue Chancen. Traditionelle körperliche Belastungen werden zurückgedrängt, Arbeit wird interessanter. Es entstehen neue Spielräume, auch für eigene Qualifikationen.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Mit den neuen Unternehmensstrategien nehmen auch Belastungen und Probleme zu. Die Arbeit wird här-

ter, die Leistungsdichte höher. Die grenzenlos flexibilisierten Arbeitszeiten binden den gesamten Lebensrhythmus immer enger an die Schwankungen des Marktes. Die Fabriken mögen leichter atmen, aber den Menschen geht immer öfter die Puste aus. Zugleich werden soziale Schutzrechte abgebaut. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Werkverträge nehmen zu. Mit ihnen erhöhen sich Unsicherheit und Existenzängste bei den Betroffenen.

Doch das größte Problem ist und bleibt der nicht enden wollende Beschäftigungsabbau. Wir haben alle bitter zur Kenntnis genommen: Im Aktionärs-kapitalismus steigt der Wert der Aktie an der Börse, wenn die Zahl der Beschäftigten im Betrieb sinkt.

Unsere Betriebspolitik muss sich diesen Herausforderungen stellen. Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute versuchen jeden Tag aufs Neue, manchmal bis zur Erschöpfung, diesen Wandel mitzugestalten. Manchmal erfolgreich – manchmal werden aussichtslose Schlachten geschlagen. Darüber wird wenig in den Medien berichtet. Diese betrieblichen Abwehrkämpfe sind und bleiben unverzichtbar. Aber wir brauchen dringender denn je auch umfassende Gestaltungskonzepte. Wir brauchen eine Leitidee von einer besseren Arbeitswelt.

Hierzu einige Stichworte:

1. Eines unserer Kernziele lautet: Wir wollen die Chancen für bessere Arbeit und mehr Selbstbestimmung nutzen. Dazu wollen wir die Arbeit auf ein neues Fundament von kollektiven Mitbestimmungs- und individuellen Beteiligungsrechten stellen. Wir brauchen einen neuen Mix aus kollektiven Rechten der betrieblichen Interessensvertretungen und individuellen Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mitbestimmung und Beteiligung sind keine Gegensätze, sie müssen einander ergänzen.

Personalstrategien, die sich an überkommenen »Herr-im-Hause-Standpunkten« orientieren, gehören in die Mottenkiste. Ebenso Managementkonzepte, die dem Einzelnen scheinbar mehr Selbstständigkeit einräumen, ihn aber durch Zeitvorgaben und unterbesetzte Projektteams zum »Arbeiten ohne Ende« zwingen.

Wer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lediglich zum Spielball der Schwankungen des Marktes macht, der setzt die betriebliche Zukunft aufs Spiel. Der gefährdet die wichtigsten Quellen betrieblicher Produktivität und Innovation: die Motivation und Kreativität der Beschäftigten. Wer die moderne Arbeitswelt von Morgen erfolgreich formen will, der muss die Men-

schen im Betrieb ernst nehmen, der muss auch im Betrieb mehr Demokratie wagen!

Ohne Zweifel, die zunehmende Orientierung der Unternehmenspolitik an den Aktionärsinteressen erfordert auch von uns eine Überprüfung unserer mitbestimmungspolitischen Strategien. Wie können wir den maßlosen Renditeansprüchen externer Anteilseigner entgegentreten? Wie wollen wir uns für diese Anforderungen qualifizieren und wie werden wir unsere tägliche Arbeit den internationalen Strukturen der Unternehmen anpassen? Aber klar ist. Es geht nicht um weniger Demokratie im Betrieb, es geht um neue Wege der Mitbestimmung und Beteiligung.

2. Wir müssen die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Betriebspolitik neu ausrichten. Die Revolution in den Betrieben und die Veränderungen in der Gesellschaft werfen neue Probleme auf.

Nicht nur die Gesellschaft wird älter. Auch in den Betrieben wird das Durchschnittsalter der Belegschaften steigen. Immer noch dominiert das Leitbild »olympiareifer Belegschaften«. Immer öfter werden Beschäftigte aus dem Arbeitsprozess ausgesondert. Anstatt Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, wird die Anhebung des Renteneintrittsalters gefordert.

Aber ich sage: Wer schon 50-Jährige aus dem Erwerbsleben rausdrängt und gleichzeitig für die Rente mit 67 plädiert, der weiß entweder nicht, wovon er redet oder er ist ein Scharlatan. Gegenwärtig liegt das durchschnittliche Zugangsalter bei der Altersrente bei 62,4 Jahren. Aber bei den Renten wegen verminderter Erwerbsunfähigkeit liegt es bei etwa 50 Jahren. Wer mit 60 oder früher aus dem Betrieb geht, steht in der Regel auf einer Entlassungsliste oder ist körperlich kaputt. Der Arbeitsplatz ist weg, die Gesundheit dahin – und die Rente soll in immer weitere Ferne rücken?

Wir müssen hier neue Wege gehen: in der Betriebspolitik und in der Rentenpolitik. Wir brauchen Arbeitsplätze, an denen auch ältere Kolleginnen und Kollegen ihren Anteil zum Betriebserfolg einbringen können. Das erfordert gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen. Das erfordert Konzepte eines lebensbegleitenden Lernens und Arbeitsformen, die nicht nur Jüngere aushalten. Wir sind bereit, an einer solchen, wirklich nachhaltigen Modernisierung der Arbeitswelt mitzuarbeiten. Unter dem Titel »Gute Arbeit« wollen wir unsere Aktivitäten bündeln. Tarif-, sozial- und betriebspolitische Maßnahmen müssen ineinander greifen.

Eine altersgerechte Arbeitsgestaltung sollte ergänzt werden durch neue Optionen im Rentenrecht. Eine einzige Altersgrenze für Alle entspricht nicht mehr der Realität der modernen Arbeitswelt. Die Erwerbsbiografien und die Lebensentwürfe der Menschen unterscheiden sich eben. Die IG Metall tritt dafür ein, nicht nur einen, sondern unterschiedliche Wege in die Rente zu öffnen. Kein Zweifel: 65 muss die Obergrenze bleiben. Wer jedoch über entsprechende Versicherungsjahre verfügt oder Gesundheitsschäden davongetragen hat, der muss auch früher zu zumutbaren Bedingungen aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Wer 45 Versicherungsjahre auf dem Buckel hat, der soll mit 60 und ohne Abschläge gehen können. Wer weiter arbeiten kann und will, dem sollten Modelle eines gleitenden Ausscheidens aus dem Arbeitsleben angeboten werden. Etwa durch eine Kombination aus kürzerer Arbeitszeit im Alter und einer Teilrente.

3. All dies wird uns nur gelingen, wenn wir die gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben stärken. Selbstbewusste Betriebsräte sind der eine Stützpfiler der IG Metall, unsere gewerkschaftlichen Vertrauensleute der andere.

Die Vertrauensleutearbeit befindet sich nicht im besten Zustand. Die IG Metall hat in der Vergangenheit aus ihrer Vertrauensleutearbeit viel Kraft bezogen. Mit den Vertrauensleuten war die IG Metall in den Alltagsgesprächen im Betrieb präsent. Das fehlt heute vielfach.

Ich bin weit davon entfernt, die engagierte Arbeit vieler Vertrauensleute gering zu schätzen. Aber wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie wir auch unter den neuen Bedingungen die Meinungsführerschaft in den Betrieben zurückgewinnen.

Wir brauchen neue Formen der Ansprache und der Diskussion. Vielleicht müssen wir auch unsere betriebspolitischen Themen überprüfen. Wir müssen näher 'ran an die drängenden Probleme des betrieblichen Alltags, an die erlebten Widersprüche. Wir müssen Foren anbieten, in denen mit der IG Metall gemeinsam an Lösungen der betrieblichen Probleme gearbeitet wird.

4. Zur Bewältigung unserer vielfältigen Aufgaben müssen wir uns präparieren. Das ist u.a. Aufgabe unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Sie bietet Freiräume für kontroverse Debatten; sie eröffnet Möglichkeiten der gemeinsamen Verständigung über gewerkschaftliche Zukunftsfragen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll uns fit machen für die täglichen Auseinandersetzungen in Betrieb und Gesellschaft. Es geht um die Ausbil-

derung der individuellen Fähigkeiten und es geht um Orientierungswissen. Es geht um fachliche, soziale und kommunikative Kompetenzen und um politische Zielsetzungen. Es geht aber auch darum, für unsere Kolleginnen und Kollegen wieder stärker die IG Metall als ihre Organisation erfahrbar zu machen.

Strategien einer solidarischen und innovativen Tarifpolitik

Betriebspolitik ist eng verzahnt mit Tarifpolitik. Dieses Verständnis hat die IG Metall immer stark gemacht. Es hat dazu beigetragen, dass die IG Metall in vielen tarifpolitischen Fragen Lokomotive in Deutschland und Europa war. Dazu müssen wir uns den Zukunftsfragen rechtzeitig stellen.

Wir haben bereits ein Stück des Weges zurückgelegt. Das gilt etwa für unsere gemeinsamen Entgelttarifverträge. Die neuen Tarifregelungen bieten einen zukunftsfähigen Rahmen für Arbeit und Leistung. Damit beweisen wir: Mit Tarifverträgen gestalten wir die Arbeitswelt von morgen.

ERA stellt einen Meilenstein unserer Tarifpolitik dar. Mit der Überwindung der überkommenen Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten haben wir ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte aufgeschlagen. ERA eröffnet neue Möglichkeiten, unseren Vorstellungen von Entgeltgerechtigkeit und »guter Arbeit« näher zu kommen.

Auch an anderer Stelle haben wir die Gestaltungskraft unserer Tarifverträge unter Beweis gestellt. Wir haben Instrumente zur Beschäftigungssicherung entwickelt und Altersteilzeitregelungen vereinbart. Wir haben über die Tarifpolitik die betriebliche Altersvorsorge ausgebaut. Trotz aller Probleme, die es gegenwärtig mit unserem Versorgungswerk »MetallRente« noch gibt: Wir haben unsere Mitglieder mit der aufgerissenen Rentenlücke nicht im Regen stehen lassen.

Wir müssen uns aber auch eingestehen: Trotz großer Anstrengungen ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, die Verteilungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stabilisieren. Im Gegenteil: Die Lohnquote sinkt und die Gewinnquote steigt.

Für die Tarifpolitik bleiben wir bei unseren Maßstäben: Es geht um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Produktivität, die Inflationsrate und die Umverteilungskomponente als Korrekturfaktor.

Verschärft wird die zunehmende soziale Schieflage gerade durch die Steuerpolitik. Seit Jahren erleben wir eine Verschiebung der Steuerlast von den Unternehmen weg und hin zu den Arbeitnehmern und Verbrauchern. Das

gleiche gilt für die Kosten der sozialen Sicherung. Sie werden zunehmend auf die Schultern der Arbeitnehmer überwältzt.

Wir können die Fehlentwicklungen nicht alleine mit der Tarifpolitik korrigieren. Wir brauchen ein verteilungspolitisches Gesamtkonzept. Unsere tarifpolitischen Verteilungsziele, unsere Vorstellungen für eine solidarische Finanzierung der Sozialversicherungen und für eine gerechte Steuerreform müssen ineinander greifen.

Für die Tarifpolitik stellt sich aber auch die Frage der weiteren Differenzierung. Ob wir uns diesem Weg öffnen oder nicht, ist letztendlich von Voraussetzungen und Bedingungen abhängig. Zwei möchte ich nennen:

- Die Fähigkeit zur solidarischen Tarifpolitik muss erhalten bleiben. Systeme zugunsten einzelner Betriebe, bei denen dauerhaft niedrigere Tarifabschlüsse zulasten der Fläche drohen, sind nicht akzeptabel.
- Eingriffe in tarifliche Besitzstände darf es nicht geben. Regelmäßige, tarifliche Grundeinkommen dürfen nicht variabilisiert werden.

Die Arbeitgeber wollen Differenzierung ausschließlich nach unten. Unsere Debatte bleibt eine Trockenübung, wenn wir uns gegen diese Vorstellung nicht durchsetzen. Und wenn wir es nicht schaffen, den Weg einer entgeltpolitischen Differenzierung zur Stärkung unserer Betriebspolitik zu nutzen. Unsere Tarifpolitik muss zu mehr aktiven Belegschaften, mehr Mitgliedern, stärkeren Betriebsräten und Vertrauenskörpern und einer aktiveren Basis führen.

Wir müssen tarifpolitisch den wirtschaftlichen Strukturwandel bewältigen. Mittlerweile ist auch die Metall- und Elektroindustrie zu einem der wichtigsten Dienstleistungsbereiche der Gesamtwirtschaft geworden. Industrieorientierte Dienstleistungen gewinnen an Bedeutung – als hochqualifizierte, aber auch als einfache Arbeit. Immer mehr Dienstleistungseinheiten werden outgesourct. Oftmals gehen dabei Tarifstandards und soziale Schutzrechte verloren. Da müssen wir ran. Gegebenenfalls mit einem eigenständigen tarifpolitischen Gestaltungskonzept. Wir müssen die tarifpolitische Zersplitterung auffangen. Gerade in der Arbeitszeitpolitik erleben wir, wie das Rad der Geschichte zurückgedreht werden soll. Es ist absurd: Millionen von Menschen haben keine Arbeit, und die Arbeit haben, sollen länger arbeiten. 38 Stunden pro Woche, 40 oder noch länger – wenn es nach Angela Merkel, Dieter Hundt oder anderen ginge. Kürzere Arbeitszeiten sind die historisch richtige Antwort auf die steigende Produktivität der Arbeit.

Aber es geht nicht nur um die Dauer, heute geht es vor allem um die Gestaltung der Arbeitszeit. Die entscheidende Frage lautet: Wem gehört die Zeit? Den Unternehmen oder den Menschen?

Die Grenzen zwischen freier Zeit und Erwerbsarbeit verschwimmen. Die Verfügbarkeit der Menschen für die Betriebe nimmt drastisch zu. Während die tarifvertraglichen Arbeitszeiten stagnieren, wird die tatsächliche Arbeitszeit länger. Wir wollen die Zivilisierung der grenzenlosen Flexibilität. Wir sind keine Gegner von Flexibilität. Wir sind offen für neue Ideen, offen für Innovationen bei der Gestaltung der Arbeitszeit. Aber wir bestehen darauf, dass Arbeitszeit für den einzelnen Menschen planbar bleibt, und dass geleistete Arbeitszeit auch bezahlt wird. Wir bestehen darauf, dass die tariflichen Arbeitszeitnormen und die betriebliche Arbeitszeitwirklichkeit beschäftigungsförderlich und gesundheitsverträglich sind. Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitszeitgestaltung – das ist die arbeitszeitpolitische Leitlinie der nächsten Jahre.

Tarifpolitik steht immer wieder vor neuen qualitativen Herausforderungen. So beim Thema Weiterbildung. Gemessen an dem, was nötig wäre, wird viel zu viel geredet. Und viel zu wenig umgesetzt. Wir wollen möglichst allen Beschäftigten den Zugang zu Weiterbildung öffnen. Wir wollen sicherstellen, dass wirklich innovative Bildungsinhalte angeboten werden, die sich auch auf der Höhe der Zeit bewegen. Einige positive Beispiele können wir vorzeigen: in Baden-Württemberg, in Betrieben der IT-Branche, bei VW, im Bereich Textil und Bekleidung.

Wer von Weiterbildung spricht, darf von Ausbildung nicht schweigen. Nicht einmal 25% der Betriebe bilden aus. Das ist ein Skandal! Über drei Viertel der Arbeitgeber stehlen sich aus dieser Pflicht für das Gemeinwesen. Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich tätig zu werden. »Wer nicht ausbildet, soll wenigstens zahlen!«

Wege zum Sozialstaat des 21. Jahrhunderts

Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft der Moderne. Er gehört zur modernen Zivilisation wie Demokratie, Aufklärung und Menschenrechte. Den Kampf um seine Bewahrung als Konservatismus zu verunglimpfen, ist völlig absurd. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat dies durch einen beeindruckenden Vergleich auf den Punkt gebracht: »Wer verfele denn im Ernst auf den Gedanken, die Verteidigung der kulturellen Errungenschaften

der Menschheit – Kant und Hegel, Mozart und Beethoven – als Konservatismus zu verurteilen? Die sozialen Errungenschaften, ... soziale Sicherheit, Recht auf Arbeit usf., für die Männer und Frauen gekämpft und gelitten haben, sind ebenso große und kostbare Errungenschaften, wie die philosophischen Werke, die in den Bibliotheken und Schulen, oder die musikalischen Werke, die in den Konservatorien und Konzertsälen mit religiöser Ehrfurcht bewahrt und gepflegt werden.«

Es geht um die Bewahrung von Errungenschaften. Es geht darum, den Sozialstaat nicht abzubauen, sondern ihn unter den neuen Bedingungen zu sichern! Wir kennen die Finanzprobleme des Sozialstaates. Aber wir wissen: Die Kernprobleme sind Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit. Wenn Reiche und Superreiche sich nicht mehr an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, fährt jeder Sozialstaat vor die Wand. Wenn Unternehmen keine Steuern mehr zahlen, sondern sich sogar aus den Staatskassen bedienen, lässt sich damit kein Staat machen. Der Sozialstaat muss auf ein neues Fundament gestellt werden. Wir brauchen vor allem eine aktive Beschäftigungspolitik und ein gerechteres Steuersystem. Und wir müssen sozialstaatliche Leistungen auf Zielgenauigkeit und Gerechtigkeit überprüfen.

Ich sehe vor allem vier Felder, auf denen sich eine solidarische Sozialstaatsreform zu bewähren hat.

1. Wir müssen die Finanzbasis der sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. Die Vorschläge, die etwa die Herzog-Kommission vorgelegt hat, sind dazu schlichtweg untauglich. Wer das heutige System auf Kopfprämien umstellen will, der will die grenzenlose Privatisierung, der bricht mit den sozialstaatlichen Prinzipien. Die Arbeitgeber wären raus aus ihren finanziellen Verpflichtungen, die Besserverdienenden würden profitieren. Familien mit Kindern wären die Verlierer. Das Ganze läuft nicht auf eine stabile Zukunft, sondern auf das schnelle Ende der sozialen Krankenversicherung hinaus.

Im Zentrum steht unsere Forderung nach einer Erwerbstätigenversicherung: lange von der Politik verpönt, heute unter dem Stichwort »Bürgerversicherung« in aller Munde. Der Kerngedanke unseres Konzeptes ist einfach: Alle Erwerbstätigen sollen in die Kranken- und Rentenversicherung einzahlen – besserverdienende Arbeitnehmer, Beamte, Freiberufler, Selbständige und politische Mandatsträger. Wir wollen die Solidargemeinschaft stabilisieren, indem wir sie erweitern. Alle sollen in den Schutz der Sozialsysteme einbezogen werden. Aber alle sollen auch an ihrer Finanzierung beteiligt sein.

Es ist nicht akzeptabel, dass die besserverdienenden Berufsgruppen sich in private Versicherungssysteme absetzen, und die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den Zukunftsproblemen des Sozialstaats alleine lassen. Unsere Solidarsysteme leben von dem Grundgedanken: die Gesunden für die Kranken, die Jungen für die Alten und die Besserverdienenden für die Geringverdienenden. Das sind die Errungenschaften eines Sozialstaates. Die haben wir zu verteidigen.

Wir wissen, dass Reformen notwendig sind: Die enge Koppelung der Einnahmen der Sozialkassen an die Arbeitseinkommen ist ein Problem. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt und die Löhne niedrig ausfallen, schlägt sich das als Einnahmeproblem in den Sozialkassen nieder. Und wenn Einkommen aus Vermietung oder aus hohen Kapitaleinkommen nicht beitragspflichtig sind, verschärft das die Ungerechtigkeiten.

Hier sind zwei Auswege denkbar: Entweder werden die Sozialkassen durch einen höheren Steuerzuschuss gegenüber den Risiken von Arbeitsmarkt und Konjunktur geschützt; oder auch Mieten und Zinsen aus Kapitalvermögen werden beitragspflichtig.

2. Mit Blick auf die Alterung der Gesellschaft stellen sich neue Fragen. In unserer Gesellschaft werden zukünftig mehr ältere und weniger junge Menschen leben. Viele in Politik und Wissenschaft machen es sich einfach: Ihre Standardforderungen lauten: Rente runter, Altersgrenze rauf. Ob Rürup- oder Herzog-Kommission: In der Alterssicherung hat sich eine große Koalition gegen die soziale Rentenversicherung zusammengebraut. Würden die Kürzungspläne der Rürup-Kommission umgesetzt, müsste ein Durchschnittsverdiener 34 Jahre lang Beiträge zahlen, um zukünftig eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu erhalten. Ein Leben lang Beiträge gezahlt, und dann eine Rente, die nicht zum Leben reicht – das ist Rentenpolitik mit der Abrissbirne!

Wir müssen uns der demografischen Herausforderung stellen – aber mit Reformen, die die Rente sichern und nicht immer weiter kürzen.

Über die Finanzierungsspielräume der Sozialkassen entscheidet letztlich nicht die Demografie, sondern die Ökonomie. Entscheidend ist nicht, wie viel junge und wie viel alte Menschen in einer Gesellschaft leben. Entscheidend ist, wie viele Menschen Arbeit haben und wie hoch die Einkommen sind, von denen sie Beiträge in die Sozialkassen zahlen. Die anstehenden Probleme sind nicht zu lösen durch die Aufkündigung des Generationenvertrages. Die ältere Generation hat dieses Land aufgebaut. Sie hat ein Anrecht auf ein auskömm-

liches Leben im Alter. Und die nachwachsenden Generationen haben ein Anrecht auf stabile und verlässliche Sicherungssysteme gegen die sozialen Risiken des Lebens. Hier ist ein fairer Ausgleich angesagt, und kein schüren des Generationenkonfliktes. Es geht um mehr Arbeitsplätze und um Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen. Nur damit sichern wir den Generationenvertrag für die Zukunft. Der Schlüssel dazu liegt auf dem Arbeitsmarkt. Mehr Beschäftigung bedeutet mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beiträge für die Rentenkassen. Diesen Weg müssen wir gehen.

3. Soziale Gerechtigkeit ist aber nicht nur eine Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Auch die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen entscheidet über soziale Lebenschancen. Es geht nicht nur um Schulen und Universitäten, um öffentliche Verkehrsanbindung und Kulturangebote. Es geht z.B. auch um die Familienpolitik, um Gleichstellungspolitik. Längst verfügen Frauen über gleichwertige Schulabschlüsse und berufliche Qualifikationen wie ihre männlichen Altersgenossen. Es ist verantwortungslos, Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erschweren. Aus Gründen der Gleichstellung der Geschlechter, aber auch mit Blick auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Hier muss sich vieles ändern.

Wir brauchen

- betriebliche Arbeitszeiten, die mehr Spielräume zur Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben eröffnen;
- eine kinderfreundlichere Ausgestaltung des Steuersystems;
- eine bessere Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung in den sozialen Sicherungssystemen;
- mehr und bessere Einrichtungen zur Betreuung von Kleinkindern und mehr und bessere Ganztagschulen.

Vor allem aber brauchen wir einen kulturellen Wandel, der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als gemeinsame Aufgabe beider Geschlechter sowie der gesamten Gesellschaft akzeptiert.

4. In einer modernen Demokratie gehören vor allem Bildungsangebote zu den wichtigsten öffentlichen Gütern. Für einen Staat mit der Wirtschaftskraft Deutschlands ist unser Bildungssystem schlicht eine Peinlichkeit. Bildungsausgaben sind nicht nur ökonomische Zukunftsinvestitionen. In einer Demokratie muss Bildung mehr sein, nämlich auch Bürgerrecht. Eine Demokratie braucht mündige, aufgeklärte Bürger mit politischem Orientierungswissen und eigener Urteilskraft.

Immanuel Kant rief einmal den Bürgern zu: »Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.« In der Tat geht es darum, den Mut und die Fähigkeit zu fördern, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, sich den Verdummungen von Medien und Ideologien zu widersetzen. Das ist Aufgabe einer modernen Bildungspolitik.

Heute sind die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten nirgendwo so gering wie in Deutschland. Die soziale Spaltung ist wieder offenkundig. In den 1970er Jahren waren die Bildungsreformen ein Glanzstück sozialliberaler Reformpolitik. Es ging um Bildungsinhalte und mehr Chancengleichheit.

Heute wird von manchem »neuen Sozialdemokraten« gesagt: Materielle Verteilungsgerechtigkeit sei out; im neuen Jahrhundert gehe es um Chancengerechtigkeit. Ich sage: Wer Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit als Gegensätze begreift, der hat von den Regeln einer kapitalistischen Marktgesellschaft nichts begriffen. In der Geld-Gesellschaft entscheiden Einkommen und Vermögen über Lebenschancen – auch in der Bildung. Geld öffnet Türen.

Und der Markt verteilt höchst ungerecht. Da muss der Sozialstaat ran. Wer mehr Chancengerechtigkeit will, braucht mehr Gerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen. Man mag uns Traditionalisten schimpfen, aber ich sage: Wir werden uns von dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit nicht verabschieden. Wir wollen auch im 21. Jahrhundert eine gerechtere Verteilung von Einkommen, Vermögen *und* Lebenschancen!

Konzentration auf die Gewinnung neuer Mitglieder

Die IG Metall ist nicht aus Beton. Wie alle lebendigen Organismen verändern wir uns fortwährend. Wir haben die Verwaltungsstellen gestärkt, neue Arbeitsformen entwickelt, moderne Konzepte der Beteiligung erprobt, neue Modelle der Qualifizierung auch für unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen entwickelt, die Personalarbeit neu ausgerichtet. Wir haben die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung und der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe erfolgreich integriert.

Aber das Kernproblem unserer Organisation haben wir noch nicht bewältigt. Monat für Monat verlieren wir Mitglieder! Diesen Trend müssen wir stoppen und umkehren. Wir brauchen mehr Mitglieder. Und wir müssen die Kluft zwischen dem sozialen Profil der Arbeitnehmerschaft und der IG Me-

tall-Mitgliedschaft schließen. Wir tun uns nicht nur schwer mit der Erschließung neuer Sektoren. Auch wo wir über betriebliche Strukturen und eine gewerkschaftliche Tradition verfügen, lässt Mitgliederbindung nach. Auch dort sinkt der Organisationsgrad.

Sicher: In der Mitgliederentwicklung spiegelt sich auch der Beschäftigungsabbau in den Betrieben wieder. Wir verlieren Mitglieder, weil wir Arbeitsplätze verlieren. Aber wir gewinnen auch zu wenig neue Mitglieder, selbst dort, wo die Beschäftigungssituation günstiger ist.

Ich sehe zwei zentrale Ursachen: Die Intensität, mit der in den Betrieben Mitglieder geworben werden, hat nachgelassen. Und: Mitgliederwerbung steht oftmals nicht im Zentrum der örtlichen Gewerkschaftsarbeit. Beides müssen wir ändern.

Auf Vorstandsebene müssen wir unsere Aktivitäten in allen Bereichen auf die Mitgliedergewinnung konzentrieren: in der Betreuung der Konzern- und Gesamtbetriebsräte, bei der Erstellung von Materialien und in der Medienarbeit. Auch die Mittel aus dem Strukturfonds müssen stärker auf die Förderung von örtlichen Maßnahmen der Mitgliederwerbung ausgerichtet werden.

Gleiches gilt für die Bezirke. Die bezirkliche Mitgliederentwicklung sollte auf jeder Geschäftsführer-Konferenz obligatorisch sein. Den Vorschlag, bezirkliche Einsatz-Teams zur befristeten Unterstützung örtlicher Mitgliederwerbung zu bilden, werden wir aufgreifen.

In den Verwaltungsstellen gibt es durchaus erfolgreiche Praxis-Beispiele. Den Informationsaustausch über solche Erfolgsmodelle zu organisieren und Nachahmungs-Projekte zu fördern, muss zur Selbstverständlichkeit werden. Nicht immer muss das Rad neu erfunden werden. Die Halte- und Rückholarbeit muss systematischer und professioneller werden – flächendeckend.

Aber alle Liebesmüh ist vergebens, wenn die Mitgliederwerbung in den Betrieben nicht wieder an Fahrt gewinnt! Im Betrieb erleben die Kolleginnen und Kollegen die IG Metall hautnah. Hier sind der Wert der Betriebsverfassung und der Schutz unserer Tarifverträge direkt spürbar. Hier müssen die Menschen angesprochen werden.

Mal Hand auf's Herz: Wie viele Betriebsräte oder Vertrauensleute klappern noch systematisch und regelmäßig die Abteilungen im Betrieb ab, um Nicht-Organisierte anzusprechen? Ich weiß: das läuft nicht mehr von selbst, da muss mehr argumentiert und überzeugt werden, als noch vor zwanzig oder drei-

ßig Jahren. Und manchmal ist das Klima gegenüber der IG Metall auch richtig frostig. Trotzdem: Wir alle müssen alle Anstrengungen unternehmen, meinetwegen unterstützt durch Zielvereinbarungen, Leitlinien oder Pflichtenhefte.

Der Betrieb ist und bleibt die Basis gewerkschaftlicher Arbeit. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass wir fast die Hälfte unserer Mitglieder nicht mehr über den Betrieb erreichen. Diese Mitglieder haben den gleichen Anspruch auf die Solidargemeinschaft IG Metall. Daher müssen wir unsere außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit weiterentwickeln. Das geht nur mit dem Engagement unserer ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Sie leisten heute vielfach schon großartige Arbeit. Das muss verstärkt werden. Die betriebliche ist das eine Standbein, die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit das zweite. Wo Menschen aus dem Betrieb gedrängt werden oder wo junge Menschen erst gar keine Chance erhalten, machen sich Vereinzelung und Resignation breit. Die Solidarität der IG Metall auch im Alltagsleben erfahrbar zu machen, schafft Mut und Mitgliederbindung.

Für ein neues Europäisches Sozialmodell

Die Einigung Europas kommt voran. Auch in Europa entscheidet sich zu Beginn dieses Jahrhunderts, wohin die Reise geht. Nähern wir uns dem amerikanischen Kapitalismus-Modell an, oder geht Europa weiter einen eigenständigen, sozialeren Weg. Seit geraumer Zeit werden viele Weichen falsch gestellt:

- Mit dem Euro ist der Puffer der Wechselkurse verloren gegangen. Unterschiede in den Arbeitskosten schlagen direkt und unmittelbar auf die Wettbewerbsbedingungen durch. Die Tarifpolitik gerät damit zusätzlich unter Druck.
- Der »Stabilitätspakt« zwingt die Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten in ein enges Korsett. Und die europäische Zentralbank kümmert sich nur um einen stabilen Euro. Beide sind längst zu Hemmnissen für mehr Wachstum und Beschäftigung geworden. Und trotzdem sollen sie in der Europäischen Verfassung verankert werden.
- Die sozialen Sicherungssysteme sollen stärker in die Standortpolitik Europas einbezogen werden. Schon rollt eine Welle der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Union. Öffentliche Dienste werden abgebaut und den Gewinninteressen privater Investoren geöffnet.

Als größtes Deregulierungs- und Privatisierungsprojekt aller Zeiten hat der Einigungsprozess keine fortschrittliche Perspektive. Europa darf nicht zum Projekt der Konzerne, Banken und Bürokraten verkommen. Wir brauchen eine andere Politik und vor allem: Wir müssen Wege finden, die Menschen stärker als bisher an grundlegenden Weichenstellungen zu beteiligen. Europa muss schlicht demokratischer werden!

Dazu müssen Rechte des Europäischen Parlamentes erweitert und gestärkt werden. Aber das reicht nicht aus. Die neue europäische Verfassung wird tief in die Souveränität der Mitgliedstaaten eingreifen: in Fragen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in der Sozialpolitik und bei der Ausgestaltung öffentlicher Dienstleistungen. Das schafft keine Zustimmung, sondern Misstrauen. In anderen Ländern wurde in Volksabstimmungen über den Euro entschieden. Ich will nicht behaupten, dies sei der einzig richtige Weg. Aber wir müssen doch darüber nachdenken, wie die Bürger in europapolitischen Kernfragen stärker als bisher beteiligt werden.

Wir wollen die Einrichtung einer Europäischen Wirtschaftsregierung, die politisch auf die Neuausrichtung und Koordinierung der Finanz-, Geld – und Wirtschaftspolitik verpflichtet werden sollte. Wir wollen eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik. Dazu bedarf es der Reform des Stabilitätspaktes. Wir brauchen auch in Europa institutionell gesicherte soziale Grundrechte und Mindeststandards.

Europa braucht ein neues Sozialmodell. Ein Modell, das allen Beteiligten eine Perspektive des sozialen Fortschritts eröffnet. Den wohlhabenden Ländern muss die Sicherung des Erreichten und die Modernisierung ihrer sozialen Sicherungssysteme möglich bleiben. Den wirtschaftlich schwächeren Ländern muss die Perspektive eines wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozesses eröffnet werden. Auch die neu hinzukommenden Staaten müssen am sozialen Wohlstand Europas teilnehmen können. Die Osterweiterung ist in unserer Bevölkerung durchaus mit Ängsten verbunden. Viele fürchten um Arbeitsplätze und soziale Standards. Die Politik muss diese Ängste ernst nehmen. Die Europäische Einigung kann nur gelingen, wenn die Menschen mit Europa eine positive Perspektive verbinden.

Europa heißt auch für uns eine gewaltige Anstrengung. Von einer europäischen Gewerkschaftsbewegung sind wir immer noch weit entfernt. Dabei stellen sich längst neuartige Anforderungen, z.B. an unsere Tarifpolitik. Erste Schritte sind wir bereits gegangen:

- Auf Ebene des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds (EMB) haben wir eine tarifpolitische Koordinierungsregel vereinbart. Wir wollen Lohndumping in der EU verhindern.
- Wir haben einen wechselseitigen Erfahrungsaustausch und engere betriebliche Kontakte auf Basis unserer Eurobetriebsräte vereinbart.
- Am Beispiel der Metallgewerkschaften aus Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Österreich und Deutschland haben wir ein »tarifpolitisches Kooperationsnetzwerk« begonnen. Ziel ist, Unterbietungskonkurrenz zu verhindern, und die Arbeits- und Lebensbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu verbessern.

Eine Herkules-Aufgabe – auch für unseren EMB. Ihn müssen wir stärken.

Für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz

Der [ehemalige] Generalsekretär der UN, Kofi Annan, hat in einer beeindruckenden Rede eindringlich auf die Gefahren für den Weltfrieden hingewiesen. Er hat den engen Zusammenhang aufgezeigt zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Überwindung von Armut und der Garantie von Menschenrechten und Demokratie. Ohne die Beachtung des internationalen Völkerrechts und ohne Respekt vor den Institutionen der UN ist ein friedliches Zusammenleben nicht denkbar. Damit verurteilte er indirekt, aber wahrnehmbar den Angriffskrieg gegen den Irak. Dieser Krieg endete so, wie wir es befürchtet haben. Die Diktatur wurde militärisch zwar besiegt, aber von einem inneren Frieden, von Demokratie und Aussöhnung ist die gebeutelte Region weiter entfernt denn je.

Eine gerechte und friedliche Welt braucht aber mehr als internationales Völkerrecht. Sie braucht vor allem eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Die heutige Form der Globalisierung verschärft die Kluft zwischen Arm und Reich und den Raubbau an der Natur.

- Gut die Hälfte der Menschheit muss von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben.
- Mehr als 300 Millionen Kinder besuchen keine Schule.
- Über 800 Millionen gelten als unterernährt.
- Einem Viertel der Menschheit ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser verwehrt.

Das ist das hässliche Gesicht der Globalisierung. Wir müssen begreifen: Die Welt sitzt auf einem Pulverfass. Wer glaubt, der Norden könnte sich als Wohl-

standsfestung vor dem Elend der Welt abschotten, sitzt einer Illusion auf. Früher oder später schlagen die Folgeprobleme von Armut und Perspektivlosigkeit in die Metropolen des Nordens zurück. Auch das Ozonloch kennt keine Staatsgrenzen.

Ich werte es als ein Zeichen der Hoffnung, dass sich eine globale Bewegung von Menschen formiert, die diesem Wahnsinn die Stirn bietet. Man mag über einzelne ihrer Forderungen und Aktionen streiten. Aber über ihre Berechtigung wohl kaum. Sie kämpfen nicht gegen die Globalisierung, sondern für eine humanere Welt. Für eine »Globalisierung mit menschlichem Antlitz«, wie Joseph Stiglitz es formuliert hat.

Es geht um eine neue Architektur der globalen Finanzmärkte

- durch einen Schuldenerlass für die ärmsten Nationen;
- durch schärfere Kontrollen der Banken und Kapitalfonds;
- durch die Einführung einer Steuer auf transnationale Finanzgeschäfte.

Und es geht um eine gerechte Welthandelsordnung,

- mit fairen Zugängen der Entwicklungsländern zu den Märkten in Amerika und Europa;
- mit verbindlichen Kernarbeitsnormen.

Der Internationalismus gehörte zu den Kerntugenden der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Deshalb ist es gut, dass auch immer mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an den Protesten der globalisierungskritischen Bewegung teilnehmen. Wir müssen unser Engagement verstärken, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen. Vor allem in den transnationalen Unternehmen. Den globalisierten Kapitalstrategien müssen wir die Globalisierung unserer Interessenvertretung entgegensetzen. Wir haben dazu ermutigende Beispiele. In einigen Konzernen ist es gelungen, Weltbetriebsräte zu gründen. Sie streiten für konzerninterne Sozialverfassungen. Es geht um die Verhinderung einer konzerninternen Unterbietungs-Konkurrenz. Es geht um den Ausgleich der berechtigten Interessen aller Belegschaften weltweit. Ein wichtiger Schritt dazu ist die Einführung verbindlicher Kernarbeitsnormen. Sie sollen soziale Rechte und Schutz für alle Beschäftigten aller Standorte sichern. Zu diesen Kernarbeitsnormen gehören:

- die Abschaffung von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung von Frauen,
- die Verwirklichung der Koalitionsfreiheit und die Anerkennung des Rechts auf Tarifverhandlungen.

Wir wollen den Ausbau konzernweiter Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte. Wir wollen verbindliche Strukturen der Interessenvertretung – weltweit. In unserem Zukunftsmanifest haben wir uns zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren mit den 25 größten transnationalen Unternehmen Regelungen dieser Art zu verabreden.

Damit werden wir das Elend in der Welt nicht beseitigen. Aber damit gehen wir konkrete Schritte in Richtung einer humaneren Welt.

Eine unverzichtbare Klammer für unsere Politik auf globaler Ebene ist und bleibt der Internationale Metallgewerkschaftsbund. Vor zwei Jahren [2001] haben wir uns ein Aktionsprogramm gegeben. Wir haben uns auf gemeinsame Schwerpunkte unserer Arbeit verständigt. Neben der Durchsetzung der Kernarbeitsnormen werden unter anderem

- die Gründung von Weltbetriebsräten,
- der Kampf gegen Diskriminierung,
- die Schaffung internationaler Arbeitsstrukturen in den Informations- und Kommunikationssektoren
- und der Aufbau arbeitsfähiger Gewerkschaften genannt.

Herr oder Knecht?

Jede Zeit stellt ihre Aufgaben. Die Gründungsväter der Gewerkschaften waren Geburtshelfer von Selbsthilfe, Menschenrechten und Solidarität im heranstürmenden Kapitalismus. In der Zeit der großen Depression und des Faschismus galt es, die Prinzipien der Menschenwürde und der Humanität gegen die Barbarei zu verteidigen.

Die Nachkriegsgeneration baute Demokratie und Sozialstaat auf; aus der Klasse unterdrückter Lohnabhängiger sollten Bürger mit sozialen und politischen Grundrechten werden.

Die entscheidende Frage am Beginn des 21. Jahrhundert lautet: Haben sich die Menschen den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, müssen sie sich den Zwängen einer entfesselten Globalisierung fügen? Oder passen wir Märkte und Globalisierung unseren Lebensentwürfen und unserer Vision eines besseren Lebens an. Sind wir Herren oder Knechte?

Darum geht es bei unserem Kampf um die solidarische Arbeitsgesellschaft, das neue Europäische Sozialmodell und eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz.

Wir werden auch in Zukunft soziale Schutzmacht sein müssen, aber gleichermaßen Motor einer besseren Zukunft. Wir sind gestartet als soziale Bewegung für die Rechte der abhängigen Arbeit. Eine soziale Bewegung der Solidarität werden wir auch in Zukunft sein.

Zehn Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien

Historisches Erbe: Einheitsgewerkschaft und privilegierte Partnerschaft

1.

Es ist sicherlich keine neue Erkenntnis (aber durchaus sinnvoll, zuweilen darauf hinzuweisen): Parteien und Gewerkschaften haben unterschiedliche Aufgaben und Funktionen zu erfüllen.

Dem Grundgesetz nach sind Parteien an der Willensbildung des Volkes beteiligt. Ihr Ziel muss es sein, politische Positionen im Staat zu besetzen, Politik zu gestalten. Das geht nun mal nicht aus der Oppositionsrolle heraus – jedenfalls nicht originär –, sondern aus der Rolle der Regierenden.

Gewerkschaften sind originär die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Funktion der Gewerkschaften beinhaltet dabei ein allgemeinpolitisches Mandat und ist nicht auf die bloße Interessenvertretung am Arbeitsplatz beschränkt. Nach Paragraph 2 der Satzung der IG Metall ist es ihre »Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern«. Sie hat dabei »ihre Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien« jederzeit zu wahren. In Deutschland sind die Gewerkschaften aus guten Gründen Einheitsgewerkschaften. Eine Erkenntnis aus den bitteren Erfahrungen einer leidvollen Geschichte. Es bleibt festzuhalten, Parteien und Gewerkschaften sind voneinander unabhängige und vor allem selbständige Organisationen.

2.

Trotzdem haben Gewerkschaften und Parteien ein objektives Interesse daran, in einem funktionsfähigen Verhältnis zueinander zu stehen. Die Gewerkschaften sind im Interesse ihrer Mitglieder darauf angewiesen, dass Akteure aus den politisch-parlamentarischen Arenen gewerkschaftliche Forderungen und Konzepte aufgreifen und sie in Gesetze und Politiken umsetzen. Und

die Parteien haben ein Interesse daran, gute Kontakte zu den mit Abstand größten Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu haben. Schließlich sind Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Lohnabhängigen Sprachrohr der größten Bevölkerungsgruppe. In einer parlamentarischen Demokratie ist das für Organisationen, die um politische Mehrheiten kämpfen, nicht ohne Bedeutung.

3.

Über das Verhältnis von Gewerkschaften und Parteien nachzudenken, ist nicht zuletzt wegen der seit einiger Zeit auftretenden Spannungen für alle Seiten von Interesse. Diese Spannungen beziehen sich zum einen auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also der gewerkschaftlichen Basis, und den Parteien im Allgemeinen sowie auf das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen, die über eine lange gemeinsame Tradition verfügen: Gewerkschaften und SPD.

Im Nachkriegsdeutschland waren die Gewerkschaften programmatisch immer Einheitsgewerkschaften. Sie wurden und werden immer auch von christlich-katholischen sowie von kommunistischen Arbeitnehmern unterstützt. Doch die Hauptströmung innerhalb der Gewerkschaften bildete die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft. In der politischen Praxis waren SPD und Gewerkschaften eng über eine Arbeitsteilung dahingehend verbunden, dass die SPD im politischen Raum und die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Raum für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestritten haben. Dieser *privilegierten* Partnerschaft widerspricht dabei nicht die Tatsache, dass es auch immer wieder größere Konflikte zwischen beiden, wie etwa in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung, gegeben hat.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: SPD und Gewerkschaften verfügten in der politischen Praxis der Bonner Republik über eine privilegierte Partnerschaft. Und die Arbeiterbewegung hat soziale Fortschritte nicht gegen, sondern immer nur mit der SPD erreicht.

Aktuelle Problembeschreibung: unterschiedliche strategische Antworten auf die Umbrüche des modernen Kapitalismus

4.

Die weltweite Offensive neoliberaler Politiken seit den frühen 1980er Jahren veränderte auch das politische Koordinatensystem in Deutschland. Die Wirtschafts- und Sozialpolitiken aller Parteien sind von einer einst stark nachfrageorientierten Ausrichtung zugunsten von stärker angebotsorientierten Ansätzen abgelöst worden. Die Offensive des Neoliberalismus hat zu einer Rechtsverschiebung im deutschen Parteiensystem geführt.

Die SPD hat diese Rechtsverschiebung mitgemacht und ist ihrerseits in Richtung Mitte gerückt. Sie hat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einen kleinmütigen Ansatz verfolgt, bei dem Arbeitnehmerinteressen den »Sachzwängen der Globalisierung und Demografie« untergeordnet worden sind. Nahezu alles, was unter dem Motto der Reformen lief, ging auf Kosten der Arbeitnehmer. Die SPD hat sich damit – das ist zumindest die Wahrnehmung vieler unserer Kolleginnen und Kollegen – als Arbeitnehmerpartei abgemeldet. Endgültig mit der Agenda 2010 hat die SPD links ein Vakuum erzeugt. In die so entstandene Lücke ist die WASG gesprungen, mit einem im Kern linkssozialdemokratischen Programm und als Sammelbecken derer, die von der SPD und ihrer Agenda-Politik zutiefst enttäuscht sind. Sie hat die Steilvorlage genutzt, die die SPD ihr – sicherlich unfreiwillig – gegeben hat.

Man könnte zugespitzt formulieren: Nicht Oskar Lafontaine und auch nicht die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die in der WASG aktiv sind, sondern niemand anderes als Gerhard Schröder und in seiner Nachfolge Franz Müntefering sind die wichtigsten Geburtshelfer der neuen linken Partei.

5.

SPD und Gewerkschaften geben unterschiedliche strategische Antworten auf die Umbrüche des modernen Kapitalismus. Dies führt zu unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategien und auch zu unterschiedlichen Politikkonzepten. Diese strategisch-politischen Unterschiede, und nicht Sympathien oder Antipathien zwischen Vorsitzenden oder anderen Einzelpersonen, machen den Kern des gegenwärtig zweifelsohne zerrütteten Verhältnisses aus.

Die gegenseitige Entfremdung drückt sich auch in der Selbst- und Fremdwahrnehmung aus. Die SPD betrachtet sich als Modernisierungsgestalter, die den Sozialstaat auf die ökonomischen und demografischen Herausforderungen einstellt und nimmt die Gewerkschaften als bloße Interessenwahrer wahr, die die Herausforderungen noch nicht erkannt bzw. nicht haben erkennen wollen.

Die Gewerkschaften wiederum betrachten die SPD als politische Kraft, die sozialstaatliche Errungenschaften aufgibt und sogar aktiv zurückdrängt. Bedeutend ist dabei die Zielveränderung der SPD von der Verteilungsgerechtigkeit hin zum aktivierenden Sozialstaat. Die SPD hat sich damit aus der Rolle der Schutzmacht der kleinen Leute verabschiedet und die Gewerkschaften reagieren entsprechend mit einer gesellschaftspolitischen Mobilisierung gegenüber der von der SPD vertretenen Regierungspolitik.

Blick in die Zukunft: Mehrheitsfähigkeit jenseits des Neoliberalismus

6.

Bei der Debatte um das künftige Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD ist vor der Illusion zu warnen, dass die »guten alten Zeiten« wieder zurückkommen. Dennoch bestehen zwei alternative Pfade: Der erste Weg wäre eine Fortschreibung der allmählichen Entfremdung bzw. der zunehmenden Konflikträchtigkeit zwischen Gewerkschaften und SPD. Der zweite Weg wäre ein neues Miteinander bzw. Schritte in diese Richtung. Das Fundament hierfür sind gemeinsam zu erarbeitende inhaltliche Leitplanken.

Festzuhalten bleibt: Bis heute gibt es kaum ein gemeinsames Projekt und schon lange kein Projekt der Gewerkschaften, das von der SPD aufgegriffen und ansatzweise umgesetzt worden wäre. Lediglich die Rücknahme einiger Grausamkeiten der Vorgängerregierung hatte die rot-grüne Regierung vorzuzeigen.

7.

Es geht darum, eine neue Plattform der Zusammenarbeit zu finden. Inhaltliche Leitplanken müssten an die wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen anknüpfen und sind im Kern ein Projekt der Mehrheitsfähigkeit jenseits des Neoliberalismus.

In Überschriften zusammengefasst geht es um

- die Regulierung und Einbettung des Finanzmarktkapitalismus,
- die Stärkung guter Arbeit für alle statt prekäre Beschäftigung,
- den Aufbau eines erneuerten europäischen Sozialmodells,
- die Konfliktbereitschaft und -fähigkeit, Verteilungsfragen thematisieren zu wollen.

8.

Wir haben dabei festzuhalten: In Deutschland hat sich als Reaktion auf die Rechtsverschiebung im Parteiensystem links ein Vakuum gebildet. Insbesondere in einst klassischen sozialdemokratischen Milieus ist dieses Vakuum festzustellen und dies ist der Boden für die Etablierung einer neuen Partei. Das ist Realität – ob man dies begrüßt oder nicht.

Wir sind auf dem Weg zu einem Fünf-Parteien-System. Dies zu ignorieren liefe zwangsläufig auf eine falsche Wahrnehmung der Rahmenbedingungen für Politik hinaus.

Diese neue Realität im Parteiensystem verändert sowohl das Verhältnis und die Bündnisoptionen zwischen den Parteien als auch zwischen den Parteien und Interessengruppen. Entsprechend müssen auch die Gewerkschaften eine Antwort auf diese veränderte Ausgangslage im Parteiensystem finden. Wenn man so will: Die Spielregeln in der Politik werden neu gestaltet.

9.

Die Gewerkschaften können zwar Hoffnungen auf die Entwicklung der politischen Parteien hegen. Aber sie können nicht bloß abwarten, ob sich diese Hoffnungen tatsächlich erfüllen. Es geht um eine Neubetonung der parteipolitisch unabhängigen, aber politisch nicht neutralen Einheitsgewerkschaft.

Die von mir beschriebene Ausgangslage hin zu einem erweiterten Parteienspektrum muss von den Gewerkschaften insgesamt und besonders bei der Neubestimmung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie gesehen werden.

Die Gewerkschaften müssen ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Sozialstaates noch stärker verdeutlichen. Wir müssen im Zweifel noch stärker als bisher unsere Alternativen zu den Abbauplänen thematisieren. Dies umfasst die politische Interessenvertretung und Lobbyarbeit gegenüber der Bundesregierung, den angeschlossenen Ministerien und den Regierungsparteien.

Die stärkere Betonung des Gedankens der Einheitsgewerkschaft bedeutet allerdings auch, bei thematischen Überschneidungen die Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien zu suchen.

Darüber hinaus muss es auch um verstärkte inhaltliche Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gehen. Wir müssen zeigen, dass es eine Mehrheit jenseits des Neoliberalismus gibt.

Die Gewerkschaften haben nicht vor, die einstige privilegierte Partnerschaft zur SPD auf eine andere Partei zu übertragen. Ob sie eine neue Basis in neuen Zeiten finden kann, ist angesichts der Entwicklung der SPD (Rechtsverschiebung, neuer 30-Prozent-Turm, nachhaltige Verunsicherung in der Wählerschaft/Parteibasis) offen.

10.

Die IG Metall ist den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verpflichtet. Entsprechend sucht die IG Metall die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die ernsthaft eine arbeitnehmerorientierte Politik durchsetzen wollen. Über die Inhalte eines solchen Ansatzes und nicht über einzelne Personen sollte mehr denn je gesprochen werden.